

Jahresrückblick erster Teil

Die Redaktion des POLIZEISPIEGELS wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gesundes, schönes und erfolgreiches Jahr 2019.

Wir leben in einer Zeit, in der Informationen in der Regel nur noch Halbwertszeiten von wenigen Tagen manchmal sogar nur von wenigen Stunden haben. Was gerade noch die Massen bewegt hat, wird kurze Zeit später bereits von einer neuen Nachricht überlagert und auf diese Weise beinahe aus dem kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft verbannt.

Die digitalen Medien wirken in dem beschriebenen Prozess geradezu wie ein Katalysator und beschleunigen das Tempo der einprasselnden Informationen.

Daher ist es inzwischen eine gut gepflegte Tradition, dass im POLIZEISPIEGEL zu Beginn des Jahres eine Rückbetrachtung des vergangenen Jahres vorgenommen wird, um zu schauen, welche Themen im Bereich der inneren Sicherheit

intensiv diskutiert wurden und die DPoG beschäftigt haben, an welcher Stelle Forderungen umgesetzt wurden oder wo längst erwartete Beschlüsse noch ausgeblieben sind. An dieser Stelle kann aber schon vorweg genommen werden, dass im Jahr 2018 durch die Landesregierung so viele Maßnahmen umgesetzt wurden, dass der Jahresrückblick erstmals auf zwei Ausgaben verteilt veröffentlicht wird. In der aktuellen Ausgabe werden die Inhalte der ersten Jahreshälfte behandelt. In der kommenden Ausgabe wird dann auf die Themen der zweiten Jahreshälfte des abgelaufenen Jahres geblickt.

► Ausgabe 1/2 (Januar/Februar)

Das Jahr 2018 startete für die Polizei NRW so wie auch das Jahr 2017 begann – mit Großeinsätzen wie sie in den vergangenen Jahren nur bei hochbrisanten Staatsbesuchen sowie bei Versammlungslagen des rechtsextremen und links-extremen Spektrums oder Hochrisikospiele der Fußballbundesliga durchgeführt wurden. Es wird aber wohl in Köln und anderen großen Städten nicht mehr möglich sein, zu Silvester eine geringe polizeiliche

Stärke vorzuhalten. Hierzu wirken die Ereignisse des Jahres 2016 viel zu stark nach.

Die DPoG NRW beschäftigte sich im Januar im Rahmen der DBB Jahrestagung mit zahlreichen Themen, welche für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes von herausragender Bedeutung sind.

Insbesondere die Frage der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte sowie die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Teilen der Politik wie SPD, Linkspartei und Grünen massiv geforderte Bürgerversicherung wurden kontrovers mit anwesenden Politikern diskutiert.

Die Aspekte waren im Januar 2018 deshalb von herausragender Bedeutung, weil die SPD insbesondere die Bürgerversicherung ursprünglich zum entscheidenden Thema einer möglichen Koalitionsvereinbarung mit der CDU auf Bundesebene machen wollte. Eine Bürgerversicherung hätte das Ende der Freien Heilfürsorge sowie der privaten Krankenversicherungen zur Folge und würde so erhebliche Beeinträchtigungen für die Beamtinnen und Beamten nach sich ziehen. Zudem belegen zahlreiche Studien, dass eine Einheitsversicherung die medizinische Versorgung für breite Bevölkerungsschichten erheblich ver-



► Vertreten übereinstimmende ablehnende Positionen zur Bürgerversicherung. Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, sowie der Landesvorsitzende der DPoG NRW, Erich Rettinghaus.

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel. 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpog-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpog-nrw.de
ISSN 0723-1822

schlechtern würde – eine Zweiklassenmedizin wie sie in Großbritannien seit der Einführung der Einheitsversicherung bereits Realität ist, wäre auch in Deutschland zu erwarten. Der damals mit SPD und CDU in einer heftigen Konfrontation stehende Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, unterstützte die ablehnende Haltung des DBB sowie der DPoIG auf der Jahrestagung. Das galt auch bei der Frage der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte. Hier forderte insbesondere Boris Palmer (Grüne) eine deutliche Anhebung auf 67 Jahre.

Hier gilt es für die DPoIG, weiterhin wachsam zu bleiben. Gegenwärtig gilt zwar, dass die Regierung aus CDU und FDP in NRW herausgestellt hat, dass über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht konkret nachgedacht wird. Es ist aber ebenso bekannt, dass die Konzepte hierzu bereits seit Jahren in den Schubladen der Entscheidungsträger liegen. Die DPoIG sieht es als Daueraufgabe an, wegen der immer höher werdenden Belastungen des Polizeidienstes, einer verpflichtenden Verlängerung der Lebensarbeitszeit konsequent entgegenzuwirken.

Als weiteres Kernthema der Jahrestagung des DBB wurde die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ins Zentrum des Austauschs zwischen Politik und Gewerkschaften gerückt.

Auch die DPoIG sieht die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung der Verwaltung dringend vorangebracht werden muss. Es ist aber ebenso klar, dass dies nicht gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geschehen darf. Die Landesregierung hat beschlossen, den Prozess der Digitalisierung bis zum Jahr 2025 abgeschlossen zu haben. Bislang blieb sie aber die Antwort auf

die Frage schuldig, wie die vollkommen überlastete Polizeiverwaltung dies schaffen soll. Auch dieses Thema wird die DPoIG fortlaufend kritisch begleiten.

► Ausgabe 3 (März)

Im Rahmen des Wahlkampfes wurde das Thema innere Sicherheit sehr stark in den Fokus gerückt. Die CDU unterstrich, dass sie im Falle eines Wahlsieges die innere Sicherheit komplett analysieren und erforderlichenfalls vollständig oder in Teilbereichen neu ausrichten wolle. Hierzu sollte eine Expertenkommission eingerichtet werden, deren Vorsitz der bekannte Innenpolitiker Wolfgang Bosbach übernehmen sollte. Im Wahlkampf hielt man die Ankündigung für ein rein taktisches Manöver. Als sich dann zunächst mehrere Monate lang nichts tat, fühlte man sich entsprechend bestätigt. Tatsächlich aber wurde über Monate hinweg in Hintergrundgesprächen über inhaltliche Fragestellungen sowie die personelle Besetzung beraten. Im März 2018 konstituierte sich die Regierungskommission „Mehr Sicherheit für NRW“ und nahm

unter großem medialen Interesse die Arbeit auf. Ihr gehören Spitzenvertreter aus Politik, Kommunalverwaltung, Justiz, Polizei und polizeilichen Berufsvertretungen an. Es handelt sich um ein rein ehrenamtliches Engagement der jeweiligen Mitglieder. Durch die Berufung von Erich Rettinghaus ist auch die DPoIG NRW in der Kommission vertreten. Durch Erich Rettinghaus ist sichergestellt, dass langjährige Forderungen der DPoIG platziert und diskutiert werden.

► Ausgabe 4 (April)

Im April startete die DPoIG NRW eine verkehrspolitische Initiative, welche fachlich durch Wolfgang Blindenbacher, dem Vorsitzenden der DPoIG-Kommission Verkehr erarbeitet und begleitet wurde. Trotz einer geringeren Zahl von Verkehrstoten kann die Entwicklung der absoluten Zahlen nicht zufriedenstellen. Daher erarbeitete die DPoIG-Kommission Verkehr zahlreiche Forderungen, welche einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten und die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Menschen reduzieren sollen. Kernforderungen beziehen sich insbesondere auf den

Schwerlastverkehr. Hier braucht es neben verpflichtenden Fahrassistenzsystemen auch eine effektive Überwachung durch die Polizei. Diese ist nur qualifiziert zu gewährleisten, wenn die Polizei über entsprechende technische Ausstattung verfügt (zum Beispiel technische Abstandsmessgeräte) und bei Feststellung der Verstöße auch sofort Anhaltekontrollen durchgeführt werden können, um aufwendige Führerfeststellungen zu vermeiden.

Erhebliche Schwierigkeiten hatten die Polizeibehörden durch die schlecht koordinierte Einführung des neuen Rechnungswesens „EPOS NRW“. Weil die Polizei auf über 25 000 unbezahlten Rechnungen saß, drohten Unternehmen, keine Leistung mehr für die Polizei zu erbringen. Während man über die Forderung eines Obi-Marktes, einen Eimer Farbe ausschließlich gegen Barvergütung auszugeben, sicher noch schmunzeln kann, stellte die Drohung des Shell-Konzerns, keine Kraftstoffe mehr für die Polizei zur Verfügung zu stellen, eine konkrete Gefahr für die innere Sicherheit dar. Aber auch in anderen Bereichen gab es Schwierigkeiten. Diese reichten von verweigerten Möbellieferungen bis zur Weigerung von Dolmetschertätigkeiten. Die Situation belastete aber nicht nur das Verhältnis der Polizei zu den Partnerunternehmen. Insbesondere die Verwaltungsmitarbeiter der Polizeibehörden waren durch die Situation erheblich belastet. Daher schalteten sich die Berufsvertretungen ein und forderten Lösungen in Form von personellen Verstärkungen ein. Durch Gewinnung neuen Personals konnten die größten Schwierigkeiten bewältigt werden. Dennoch wurden bis heute noch nicht alle Anfangsprobleme von „EPOS NRW“ abgestellt.



► Erich Rettinghaus im Gespräch mit Innenminister Herbert Reul. Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW wurde in die Regierungskommission berufen.

© Fiegel (3)



> Lkw-Kontrollen sollten möglichst unmittelbar nach den erfolgten Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durchgeführt werden. Eine aufwendige Führerfeststellung wird auf diese Weise vermieden.

► **Ausgabe 5 (Mai)**

Im Frühling erreichte die zahlreichen Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer der Fortbildungsstellen eine besondere Überraschung. Ihnen wurde die zuvor über Jahre gezahlte Lehrzulage verweigert. Teilweise wurden Rückzahlungsforderungen in erheblicher Größenordnung erhoben. Erst durch Intervention der DPoIG wurden die unberechtigten Forderungen zurückgenommen. Damit konnte der Landesverband der DPoIG NRW aber noch nicht zufrieden sein. Die Forderung an den Minister lautete nun, neben der Lehrzulage das gesamte Zulagenwesen der Polizei auf den Prüfstand zu stellen. Weder der Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) noch die Erschwerniszulagen insgesamt erscheinen der DPoIG angemessen. Einen Etappensieg konnte die DPoIG NRW für die Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer erzielen. Die Lehrzulagenverordnung wurde inzwischen überarbeitet, sodass

diese Zulage nun auch wieder gewährt werden kann.

► **Ausgabe 6 (Juni)**

Ende Mai trat eine bereits seit langer Zeit angekündigte neue Datenschutz-Richtlinie – die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – in Kraft.

Im täglichen Leben wirkte sich diese neue Verordnung dahingehend aus, dass sowohl im Internet als auch im realen Leben, zum Beispiel beim Arztbesuch oder sogar beim Friseur, durch die Kunden zunächst Einwilligungserklärungen hinsichtlich der Nutzung personenbezogener Daten unterzeichnet werden mussten. Aber nicht nur Unternehmer, sondern auch die Behörden des Landes waren von den neuen Regelungen betroffen. Als besonders beeinträchtigend empfanden die ehrenamtlich engagierten Menschen in Vereinen die neuen Vorschriften. Aber auch vor der DPoIG machen die Vorschriften der

DSGVO nicht halt. Eine eigens für die DSGVO gebildete Projektgruppe erarbeitete dann die Umsetzung der erforderlichen Änderungen in den Kreisverbänden.

Im Juni drehte sich aber natürlich nicht alles ausschließlich nur um die DSGVO. Die Fach-

gruppe K der DPoIG NRW traf sich im Juni in der Landesgeschäftsstelle, um ihr Thesenpapier zu überarbeiten und neue Schwerpunkte zu identifizieren.

Hierbei wurde auch intensiv über die Position eines Mitbewerbers gesprochen. Hiernach sollen die gegenwärtigen Probleme der Kriminalpolizei, welche aus der Sicht des Mitbewerbers insbesondere in der mangelnden Fachlichkeit der Kriminalbeamtinnen und -beamten liegen, durch einen eigenen Studiengang K bewältigt werden. Die Fachgruppe K erteilte einer solchen Forderung eine klare Absage. Die Probleme sind insbesondere in den mangelnden Karriereperspektiven zu sehen. Zu wenige A12- und A13-Stellen und zu wenige Möglichkeiten, eine Fachkarriere anzustreben und dennoch in Spitzenfunktionen vorzudringen. Dies muss sich nach Auffassung der Arbeitsgruppe K ändern – und zwar, ohne den anderen Direktionen die Stellen wegzunehmen. Die klare Kernforderung lautet daher: eine überfällige Reform der Funktionszuordnung endlich durchführen und damit die Aufweitung des Stellenpools A 12 und A 13 gewährleisten. ■



Tatort Schulhof – Warum Schulen kein geschützter Raum mehr für unsere Kinder sind

Gespräch mit der Autorin eines bemerkenswerten Buches

Die Sicherheitspolitik sowie die konkrete Ausgestaltung der Sicherheit im öffentlichen Raum nehmen im gesellschaftlichen Diskurs einen zunehmend breiten Raum ein und erfahren ein erhebliches öffentliches Interesse. Spätestens seit Beginn der starken und unkontrollierten Zuwanderung im Jahr 2015, welche zeitweise zum vollständigen staatlichen Kontrollverlust führte, haben die Menschen begonnen, sich mit dem Thema Sicherheit zu beschäftigen. Es vergeht nahezu kein Tag, an dem nicht über herausragende, das Sicherheitsgefühl der Menschen beeinträchtigende Ereignisse berichtet wird.

Diese „Fernsehtemen“ der inneren Sicherheit dominieren alle anderen Fragen der Sicherheit und rücken in den Hintergrund, dass Kriminalität und Sicherheit sehr viel mehr ist als die von den Medien in den Fokus verbrachten Phänomene. Aber die Polizei hat natürlich nicht nur die medienrelevanten Fragen im Fokus – sie muss sich allumfassend mit Kriminalität und Sicherheit befassen. Die Polizei kann dies allerdings natürlich nicht alleine. Oft kann sie nur Phänomene bearbeiten, wenn das schädigende Ereignis bereits eingetreten ist. Sie ist dann mit der strafrechtlichen Verfolgung befasst. Die gesellschaftlich relevanten Phänomene zur Entstehung dieser Delikte indes bleiben vollkommen unbeachtet.

Dieses Dilemma tritt gerade da auf, wo Kriminalitätsphänomene entweder bewusst verheimlicht oder aber aufgrund von

falsch verstandener Zurückhaltung und auch durch Unkenntnis keine oder viel zu spät Beachtung finden.

Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Kriminalität und insbesondere ihre begünstigenden Faktoren nicht durch die Polizei alleine, sondern im Verbund mit vielen Partnern, interdisziplinär bearbeitet und bekämpft werden müssen, ist der oben beschriebene Zustand besorgniserregend. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kriminalität an einem Ort begangen wird, der gemeinhin ein Schutzraum sein soll, an dem Menschen zusammenkommen, um soziale Interaktion zu lernen und intellektuelle Fertigkeiten zu erwerben – gemeint sind die Schulen. Kriminalität an Schulen wird öffentlich gerne totgeschwiegen. Die Gründe erscheinen vielfältig und sind, vordergründig betrachtet, sogar verständlich. Die Folgen aber sind für die unmittelbar Betroffenen sowie für die Gesellschaft gravierend.

Eine größere Befassung mit diesem Thema hat es wegen der scheinbar geringen Relevanz nicht gegeben.

Petra Reichling, Mitglied des DPolG NRW-Landesvorstandes, hat sich dem Thema gewidmet. Nachdem sie dies zunächst als Referentin im fachlichen Austausch mit Pädagogen getan hat, wurde bei vielen Leuten das Bewusstsein herangebildet, dass es sich um ein höchst relevantes Thema mit ungeahnter Tragweite handelt. Wie es dann zu der Idee kam, das Thema in einem



© Petra Reichling (2)

> Petra Reichling

Buch zu verarbeiten, wie das Projekt realisiert wurde und welche Gedanken Petra Reichling zum Thema Kriminalität an Schulen allgemein hat, durfte die Redaktion des POLIZEISPIEGELS im Rahmen eines Interviews mit der Autorin erfahren.

POLIZEISPIEGEL (PS): Wie kam es dazu, dass du dich überhaupt mit dem Thema auseinandergesetzt hast?



Petra Reichling (PR): Ich habe unterschiedliche Erfahrungen im Bereich der Kriminalitätsbe-



kämpfung in verschiedenen Kommissariaten im Laufe meiner beruflichen Karriere machen dürfen. Eine stärkere Berührung mit diesem Thema hatte ich als Sachbearbeiterin im Fachkommissariat für die Bearbeitung von Sexualdelikten und Gewaltdelikte gegen Minderjährige (KK 12) des PP Düsseldorf. Dort hatte ich die Erfahrung gemacht, dass Schulen nicht der sichere Ort sind, für den man sie in der veröffentlichten Meinung gemeinhin hält.

PS: Wie kam es zum Kontakt mit den relevanten Pädagogen?

PR: Das war ein bisschen kurios, und ohne mein gewerkschaftliches Engagement hätte es diesen Kontakt auch gar nicht gegeben. Die Anfrage erreichte mich über den Landesvorsitzenden der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus. Dieser wurde über Vertreter des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), welcher ja unser Partner im DBB ist, gefragt, ob er fachlich qualifizierte Personen kennen würde, die einen Workshop zum Thema „Kriminalität in der Schule“ durchführen könnten. Der VBE gestaltete den Deutschen Schulleiterkongress 2017 in Düsseldorf. An dieser Veranstaltung nahmen über 2 000 Schulleiterinnen und Schulleiter teil und dort sollte das Thema im Rahmen eines Workshops bearbeitet werden. Als ich durch Erich Rettinghaus damit konfrontiert wurde, war mir zunächst die Größenordnung der Veranstaltung nicht bewusst. Das Thema empfand ich als absolut relevant und herausfordernd. Also sagte ich zu. Der Titel meines Workshops lautete: „Die Polizei dein Freund und Helfer – Was ist zu tun, wenn Straftaten im schulischen Kontext bekannt werden?“

PS: Dabei ist es ja dann nicht geblieben – offenbar wurde

durch den Workshop etwas ausgelöst was am Ende dazu führte, dass du das Thema „Kriminalität an Schulen“ in einem Buch verarbeitet hast.

PR: Das stimmt. Vor der Gestaltung des Workshops stand allerdings noch die intensive Befassung mit dem Thema. Ich musste mir zunächst erst mal ein klares Bild davon machen, welche Kriminalitätsformen in welchen Ausprägung an Schulen vorkommen. Dazu habe ich mich natürlich mit vielen Hintergrunddaten, aber auch mit rechtlichen Vorschriften befasst, um mich in die Lage der Pädagogen hineinversetzen zu können. Eine bedeutende Vorschrift für die Schulleiter ist der gemeinsame Runderlass zur „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ aus dem Jahr 2014. Bei vielen Lehrern ist dieser Erlass überhaupt nicht bekannt.

PS: Das ist natürlich problematisch, da der Erlass ja schließlich die Grundlage für das Zusammenwirken verschiedener Behörden gewährleisten soll.

PR: Das ist in der Tat ein nicht unbedeutendes Problem. Es bedarf der Zusammenarbeit zahlreicher Behörden und Organisationen. Die Polizei kann hier nur ein Baustein sein. Schulen, Justiz, Jugendämter, Politik, Eltern und viele andere Partner müssen im Idealfall eng zusammenarbeiten. Nur dann können nachhaltige Erfolge in der Prävention, aber auch in der Verfolgung von Delikten erreicht werden. Da es um Zusammenwirken geht, müssen natürlich auch alle Beteiligten ihre Aufgaben und Rollen kennen und auch wahrnehmen. Und das ist in der Regel dann auch das größte Problem. Vieles wird verheimlicht und die Polizei erfährt oft nur bei eskalierten Sachverhalten überhaupt etwas von den Problemen.

PS: Das hattest du ja im Vorfeld des Deutschen Schulleiterkongresses auch bereits in zahlreichen Interviews, die im Focus, der Welt, Sat 1 Frühstücksfernsehen sowie weiteren Formaten veröffentlicht und ausgestrahlt wurden, bekundet. Wie gingen die Schulleiter auf dem Kongress damit um?

PR: Auf dem Kongress wurde mein Vortrag überwiegend positiv aufgenommen. Dort gab es ein erhebliches Interesse und eine große Offenheit für das Thema. Bei Lesungen, durch meine eigene praktische Erfahrung und durch Zuschriften kann ich aber deutlich erkennen, dass meine These, dass Kriminalität in Schulen oft unter den Teppich gekehrt wird, von den Verantwortlichen zum Teil scharf kritisiert wird. Durch Betroffene wird meine These allerdings vielfach bestätigt.

PS: Ist Kriminalität in der Schule denn ein weitverbreitetes Problem? Oder ist das begrenzt auf einige wenige Problemschulen und auf bestimmte Schulformen? Und welche Form von Kriminalität findet man an Schulen überhaupt.

PR: Der Glaube, dass Kriminalität an Schulen eigentlich nur in bestimmten Schulformen und dann auch nur bei Problemschulen auftritt, ist weitverbreitet. In der Realität ist Kriminalität aber an allen Schulformen und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sogar an fast jeder Schule zu finden. Das sind natürlich in der Masse nicht immer von der Öffentlichkeit besonders beachtete Delikte.

Aber das Spektrum reicht von Beleidigung, Mobbing, Cybermobbing, Diebstahl und Raub über die Körperverletzungsdelikte, Drogenkriminalität, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, politisch motivierte

Straftaten – auch Antisemitismus bis hin zu Amoktaten. Hier geht es nahezu um die gesamte Palette strafbaren Handelns. Es gilt, früh zu intervenieren, um kriminelle Strukturen möglichst früh zu stören. Schulen, Polizei, Staatsanwaltschaften, Ordnungsbehörden und Beratungsstellen sollten regelmäßig im Austausch stehen.

PS: Wie kam es dann zur Idee, das Thema in einem Buch zu bearbeiten?

PR: Wie gerade bereits angeführt, hat die Befassung mit dem Thema auf dem Kongress ein erhebliches Medieninteresse hervorgerufen. Damit wurde es zu einem öffentlich diskutierten Thema und ich wurde in diesem Zusammenhang gefragt, ob das Thema für ein Buch geeignet sei. Das habe ich sofort bejaht. Aber ich habe auch gleich gesagt, dass ich das nebenbei nicht leisten kann. Da aber der große Wille bestand, das Thema in einem Buch zu bearbeiten, wurde ein Co-Autor gewonnen, mit dem ich sehr intensiv und sehr gut zusammengearbeitet habe. Als sich dann der Heyne-Verlag bei mir gemeldet hat, der ja nun wirklich zu den ganz renommierten Verlagen in Deutschland zählt, wurde mir erst bewusst, welches Ausmaß hinter dem Projekt steckt.

PS: Du willst mit dem Buch sicher nicht nur allgemein interessierte Menschen über die Hintergründe strafbaren Handelns an Schulen aufklären. An wen richtet sich das Buch?

PR: Das Buch richtet sich an viele Gruppen, hauptsächlich an das Personal in den Schulen und an die Eltern. Insofern ist es natürlich auch an die Zielgruppe der Verantwortungsträger gerichtet, die im schulischen Umfeld auch mit der Thematik befasst sind.



PS: Was dürfen die Leser bei der Lektüre erwarten, was dürfen sie mitnehmen?

PR: Ich habe das Buch ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten geschrieben – ich wollte ein ehrliches Bild der Situation, aber auch der Folgen zeichnen. Daher habe ich in verschiedenen Kernthesen die Fakten dargestellt. Eine dieser Thesen hatte ich ja bereits vorhin genannt. Nämlich, dass an nahezu jeder Schule Kriminalität stattfindet. Das muss man in einem solchen Buch schon deutlich herausstellen, wenn man verhindern will, dass die Leserschaft sich auf den Standpunkt zurückzieht, dass ja alles ganz schlimm ist, aber ja die eigene Schule mit derartigen Problemen nichts zu tun hat. Mein Buch soll die Leser dazu animieren, sich intensiv mit

dem Thema auseinanderzusetzen. Und ich mache auch unmissverständlich klar, dass Lehrkräfte eine große Verantwortung haben. Betrachtet man die Voraussetzungen des § 138 StGB „Nichtanzeige geplanter Straftaten“, erkennt man, dass die Lehrkräfte aufgrund ihrer Garantenstellung eine besondere Verpflichtung haben, eine Strafanzeige zu erstatten. Ansonsten kann hier auch schnell eine Beteiligung an einer Straftat zugrunde liegen. Im Grunde habe ich festgestellt, dass viele Lehrende unsicher sind und sich auch von der Leitungsebene ihrer Schulen nicht ausreichend unterstützt fühlen. Durch mein Buch möchte ich dazu beitragen, dass alle ein Stück handlungssicherer werden. Das trägt dann auch dazu bei, dass nicht mehr so viel unter den

Teppich gekehrt werden kann. Das Dunkelfeld der Kriminalität an Schulen ist riesig – das muss sich dringend ändern.

PS: Findet sich zu deinen letzten Aussagen auch eine Kernthese in deinem Buch?

PR: Aber klar. Ich schaue auf meine Aussage, dass viele Lehrkräfte unsicher sind, wie sie sich verhalten sollen. Eine weitere Kernforderung von mir lautet, dass es klarer Regeln bedarf, die allen bekannt sind. Das bezieht natürlich die Lehrkräfte genauso ein wie auch die Schülerschaft. Aber eben auch die anderen beteiligten Behörden, Beratungsstellen und natürlich die Eltern. Diese sind ein enorm wichtiger Baustein und benötigen oft eine Unterstützung in der Erziehungskompetenz. Wenn alle

die Regeln kennen, gilt unmissverständlich, dass Fehlverhalten angemessen und konsequent sanktioniert werden muss. Nicht jede Handlung bedarf der Hinzuziehung der Polizei.

PS: Vielen Dank für die Bereitschaft, aus deinem Buch und allgemein über das Thema Kriminalität an Schulen zu berichten. Bleibt seitens des POLIZEI-SPIEGELS, für das Buch eine klare Leseempfehlung auszusprechen. Dazu sei der Hinweis gegeben, dass Petra Reichling auch im Jahr 2019 weiterhin Lesungen zu ihrem Buch hält. Im Internet sind die Termine hierzu in Erfahrung zu bringen. Zusätzlich steht Petra Reichling auch weiterhin für Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte zur Verfügung.

TV-L – ein Buch mit sieben Siegeln?

Tarifseminar in Königswinter ein voller Erfolg

Von Cornelia Doernemann, Landestarifbeauftragte DPoIG NRW

Um herauszufinden, ob der TV-L wirklich ein Buch mit sieben Siegeln ist und um gegebenenfalls etwas Licht ins Dunkel zu bringen, trafen sich interessierte Mitglieder aus dem Tarifbereich in der Zeit vom 21. bis 23. November 2018 in Königswinter-Thomasberg.

Matthias Berends vom Geschäftsbereich Tarif beim dbb in Berlin und die Landestarifbeauftragte Cornelia Doernemann vermittelten Grundzüge des TV-L.

Aufgrund der jährlichen Neueinstellungen aus dem Maßnahmepaket der Regierung des

Landes NRW (500 Neueinstellungen pro Jahr), gab es viele Fragen. Insbesondere die Eingruppierung in die entsprechenden Entgeltgruppen war immer wieder Thema. Auch wurde deutlich, dass es in vielen Behörden immer noch an den gesetzlich vorgeschriebenen Tätigkeitsbeschreibungen mangelt. Diese bilden schließlich die Grundlage für die zugewiesenen Aufgaben der Tarifbeschäftigten und sind somit entscheidender Baustein für die richtige Eingruppierung in die Entgeltgruppen. Hier sind die örtlichen Personalräte gefordert, die gesetzlich vorgeschriebenen Tätigkeitsbeschreibungen auch einzufordern.

Allen Teilnehmern war nach den zweieinhalb Tagen klar: es

gibt viel zu tun, packen wir es an! Die Teilnehmer nahmen viel für ihre tägliche Arbeit mit und freuen sich darauf, die gewonnenen Erkenntnisse zu vermitteln.

Vorankündigung: Tarifseminar 7. bis 9. Mai 2019 in Königswinter-Thomasberg – Anmeldungen schon jetzt über den Kreisverband an den Landesverband möglich!



Erlebten ein ausgezeichnetes Seminar: die Leitung sowie die Teilnehmer des Tarifseminars in Königswinter.



© DPoIG NRW

> Das Team der Einsatzbetreuung war schon unmittelbar nach dem Aufbau der Versorgungsstelle bei bester Stimmung, das legte sich auch nach einigen Stunden ehrenamtlicher Arbeit nicht – eine tolle Truppe.

Anti-Terror-Übung am Flughafen Köln/Bonn – DPoIG war dabei!

Einsatzbetreuung der DPoIG bei Großübung ein voller Erfolg

In der Nacht zu Mittwoch, dem 21. November 2018, fand am Flughafen Köln/Bonn die bundesweit größte Anti-Terror-Übung statt und die DPoIG war als einzige Polizeigewerkschaft mit einem 15-köpfigen Team für die 1 000 Beamten und Statisten der Übung vor Ort.

Während die Einsatzbetreuer Waffeln backten, Kaffee kochten, nützliche Give-aways auslegten, Kaltgetränke und Süßigkeiten bereitstellten und sich auf den Ansturm der Übenden vorbereiteten, ging es wenige Meter nebenan hoch her: Hinter den Sichtschutzwänden hörten wir Explosionsgeräusche, Salven aus Maschinenpistolen und weitere Geräusche der Terror-Erntfall-Übung. Trotz dieser „gruse-

ligen“ Ablenkung setzten die Kolleginnen und Kollegen der DPoIG NRW, DPoIG-Bundspolizei und JUNGEN POLIZEI NRW für ihre übenden Kolleginnen und Kollegen die Einsatzbetreuung, ohne zu zucken – in ihrer Freizeit – routiniert fort.

Während der Übungspausen wurden dann die bereitgestellten Aufmerksamkeiten gerne angenommen und manche Teilnehmer(-innen) gönnten sich auch gerne eine zweite oder dritte Waffel.

Natürlich wurden auch die Polizeikräfte, die außerhalb des für die Übung gesperrten Terminal 1 für Absperrmaßnahmen eingesetzt worden waren, nicht vergessen. Gerade bei den herbstlich kalten Außen-

temperaturen fand hier der heiße Kaffee reißenden Absatz.

Dirk Jablonski, Marcel Huckel (Landesjugendleiter DPoIG

NRW) sowie das gesamte DPoIG-Team kamen einstimmig zu dem Ergebnis, dass die Betreuung ein voller Erfolg gewesen ist!

Disziplinarverteidigung
im behördlichen und gerichtlichen Disziplinarverfahren
Verwaltungsrecht | Beamtenrecht | Disziplinarrecht



Hotstegs Rechtsanwaltskanzlei mbH
Mozartstr. 21 | 40479 Düsseldorf | Tel. 0211 / 497657-16
kanzlei@hotstegs-recht.de | www.hotstegs-recht.de

Hotstegs
Rechtsanwaltskanzlei



DPolG-Mitglied Lukas Lenfort Deutscher Meister im Natural Bodybuilding

Die 15. Deutsche Meisterschaft des Verbandes German Natural Bodybuilding & Fitness Federation (GNBF) fand in Siegen in der Siegerlandhalle statt – Sieger im Super-Schwergewicht wurde mit Lukas Lenfort ein Polizeibeamter.

Lukas Lenfort ist leidenschaftlicher Sportler. Mit größter Akribie und Hingabe widmet er sich dem Bodybuilding. Genauer gesagt dem „Natural Bodybuilding“. Hierbei müssen die Athleten auf sämtliche Substanzen verzichten, die gemeinhin im Bodybuilding für exorbitante Muskelzuwächse sorgen. Anabole Steroide sind strikt untersagt. „Für mich ist ein Traum in Erfüllung gegangen. Es ist meine erste Teilnahme gewesen. Damit habe ich wirklich nicht gerechnet“, freut sich der 22-jährige Polizeibe-

amte. Seit September 2017 versieht Lukas Lenfort Dienst auf der Wache in Oberhausen.

Sein größtes Hobby ist der Kraftsport. Nachdem er lange Handball gespielt hatte, ging es schon mit 15 Jahren los. Im ersten Jahr trainierte er zweimal pro Woche. „Kraftsport hat Suchtpotenzial“, erklärte Lukas Lenfort. Daher steigerte sich der Trainingsumfang immer weiter. Irgendwann reifte die Idee heran, an einem Wettbewerb teilzunehmen. Die unmittelbare Wettkampfvorb-

ereitung hat insgesamt fünf Monate gedauert. In den letzten zwei Monaten vor der Meisterschaft bedeutet dies ein tägliches intensives Kraft- und Cardiotraining. „Besonders schwierig für mich ist das Einhalten der strikten Diät und der Verzicht auf viele Leckereien“ erklärt Lukas. „Hauptsächlich habe ich Hühnchen mit Broccoli und Reis gegessen.“

Fast genauso wichtig wie die körperliche Verfassung ist die Präsentation des Körpers auf der Bühne. In diesem künstlerischen Teil geht es um das Einstudieren verschiedener Posing-Elemente. Das intensive Training sowie die strenge Ernährungsvorgabe wurden letztlich mit dem Titelgewinn bei den Deutschen Meister-



> Lukas Lenfort in Uniform. Der leidenschaftliche Bodybuilder versieht beim PP Oberhausen Dienst und ist Mitglied der DPolG.

schaften in der Gewichtsklasse über 87,6 Kilogramm (Super-Schwergewicht) belohnt.

Die Redaktion des POLIZEISPIEGELS gratuliert von Herzen und wünscht dem DPolG-Mitglied Lukas Lenfort alles erdenklich Gute für die weitere sportliche und berufliche Karriere. ■

DPolG-Kreisverband Hamm – Teilnahme am Tag der offenen Tür ein voller Erfolg

DPolG-KV Hamm unterstützt Christliches Hospiz mit Spende

Der Tag der offenen Tür des Polizeipräsidiums Hamm rief natürlich auch die Aktiven des DPolG-Kreisverbandes Hamm auf den Plan. Bei strahlendem Sonnenschein besuchten im Spätherbst rund 10 000 große und kleine Gäste sowie zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in ihrer Freizeit das Veranstaltungsgelände.

Für einen professionellen Auftritt sorgte insbesondere der vom DPolG-Kreisverband Münster zur Verfügung gestellte Pavillon – hier zeigt sich eine gelebte Solidarität der DPolG-Kreisverbände untereinander.

Der DPolG-Kreisverband Hamm beabsichtigte nicht bloß eine Teilnahme an dem Großevent seiner Behörde. Man wollte vielmehr durch die Teilnahme auch noch einen Beitrag für das Gemeinwohl leisten.

Daher dachten sich die Verantwortlichen eine spezielle Aktion aus, bei welcher sich Kinder mit einem Einsatzhelm und einer Schutzweste ausgestattet neben einem US-Polizeifahrzeug fotografieren lassen konnten. Die Bilder wurden sofort ausgedruckt und konnten so von den begeisterten Kin-



> Professioneller Auftritt mit tollem „Eyecatcher“. Der US-Streifenwagen lockte insbesondere Kinder an. An dem tollen Infostand wurden zahlreiche Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern geführt.

dern sowie ihren Eltern sofort in Augenschein genommen werden. Als Gegenleistung bat der DPolG-Kreisverband um eine kleine Spende für das Christliche Hospiz „Am roten Läppchen“ in Hamm. Durch den Kreisverbandsvorsitzen-

den Jürgen Froese konnten letztlich 200 Euro an das Hospiz übergeben werden. Der Tag der offenen Tür des PP Hamm war insofern für den DPolG-Kreisverband Hamm in vielerlei Hinsicht eine gelungene Veranstaltung. ■